Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Naden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Einzelnummer 20 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 20 Pf.

Nr. 147 | Dresden, Dienstag den 29. Juni 1920 | 31. Jahrg.

Nicht gegen die Arbeiter

In einer Programmrede betonte der Reichskanzler Fehrenbach zum Schluß, daß die Regierung nicht gegen die Arbeiter gerichtet sei, und wer die Rede liest, wird Herrn Fehrenbach nicht bestreiten, daß er diese Aeußerung wirklich ehrlich gemeint hat, wobei freilich heute noch niemand sagen kann, ob nicht die Entwicklung der Verhältnisse die neue rein bürgerliche Regierung in eine Kampfesstellung gegen die Arbeiterschaft drängt. Es ist bezeichnend für die starke Stellung, die sich in Deutschland die Arbeiterklasse bereits errungen hat, daß auch eine Regierung, an der die Vertreter der sozialistischen Arbeiterschaft nicht teilnehmen, so sehr Wert darauf legt, sich das Wohlwollen der Arbeiterschaft zu erhalten. Gegen das Programm, das der Reichskanzler aufstellt, ist auch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus kaum etwas zu sagen, wenn natürlich auch unsre Ziele weit darüber hinausgehen. Besonders zu begrüßen ist es, daß Herr Fehrenbach alle Revanchegedanken sehr entschieden ablehnt. Es gäbe kein größeres Unglück für Deutschland und für die ganze Welt, wenn Revancheideen im deutschen Volke Fuß fassen könnten. Das deutsche Volk hat in seiner Mehrheit genug von der Politik der nationalen Verhetzung und wünscht ehrlich ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker.

Der Herr Fehrenbach bezeichnet sein Kabinett als eine Regierung der Versöhnung. Der neue Reichskanzler dürfte der in weiten Kreisen unsrer bürgerlichen Intellektuellen verbreiteten Meinung sein, daß es gelingen müsse, die Gegensätze zwischen den Klassen zu überbrücken. Die Sozialdemokratie teilt diese Anschauung nicht. Sie ist der Meinung, daß der Kampf zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse einmal ausgekämpft werden müsse und nur in dem Siege der Arbeiterklasse enden könne. So selbstverständlich das für jeden Sozialisten ist, so lehnt doch die deutsche Sozialdemokratische Partei, wie sie ja auch während der Zeit der Koalitionsregierung bewiesen hat, eine Zusammenarbeit mit den Vertretern der übrigen Klassen grundsätzlich nicht ab. Der Gegensatz zwischen Kapitalistenklasse und Proletariat schließt es nicht aus, daß es auch gleichzeitig eine Fülle gemeinsamer Interessen gibt, die ein zeitweises Zusammenarbeiten der Klassen ermöglichen. Und außerdem gewährt ja die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung ein Stück Macht und stärkt damit auch die Position der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus. Voraussetzung dafür ist freilich, daß die Stellung der Sozialdemokratie innerhalb der Regierung genügend stark ist. Daß diesmal die Bildung einer Regierung mit einem starken sozialistischen Einschlag nicht möglich war, ist, wie Genosse Scheidemann im Reichstag den Herren von der U.S.P. vorhielt, allein die Schuld der Unabhängigen, die sich feige von der Beteiligung an der Regierung drückten, aus Furcht vor der eigenen Unfähigkeit und aus Angst davor, daß sie selbst nun viele der schönen Versprechungen, mit denen sie ihr Agitationsgeschäft betrieben haben, als unerfüllbar dartun müssen.

Geradezu kläglich waren die Redensarten, mit denen Ledebour sich gegen die Anklagen Scheidemanns zu verteidigen suchte. Er berief sich auf das Parteiprogramm der U. S. P., an das sich die Unabhängige Reichstagsfraktion halte. Man wird bei dem Verhalten der U. S. P. stark an einen Papagei erinnert, der irgendein schönes Sprüchlein auswendig gelernt hat und der nun weiter nichts kann, als dieses Sprüchlein immer wieder herzuplappern. Die Herren von der U. S. P. wollen sich nicht darüber klar werden, daß man ein Programm dazu hat um möglichst viel davon zu verwirklichen. Eine Regierung, deren sozialistische Mitglieder sich nahezu auf die Hälfte der Volksvertretung stützen könnte, wäre imstande gewesen, vieles im sozialistischen Sinne zu erledigen. Wer das bezweifelt, der stellt damit den sozialistischen Parteien ein Armutszeugnis aus, das unsre Partei für sich ganz entschieden ablehnt. Aber mit gutem Recht kann die Sozialdemokratische Partei den Vorwurf zurückweisen, der ihr im gestrigen Reichstag von Oergt gemacht worden ist, daß auch sie sich zu jeder positiven Mitarbeit für unfähig erklärt habe. Wenn unsre Partei an der Regierung nicht teilgenommen hat, so nicht deswegen, weil ihr die Kraft zur positiven Arbeit fehlt, sondern deswegen, weil sie geglaubt hat, infolge des Versagens der Unabhängigen keine genügende Stütze für die Vertreter der sozialistischen Politik in der Regierung zu haben, weil sie nicht dem deutschen Volke einen sozialistischen Einfluß vorgaukeln wollte der tatsächlich nicht vorhanden gewesen wäre. Nach wie vor aber wird es das Bestreben der Sozialdemokratie bleiben, so bald wie möglich auch wieder innerhalb der Regierung für die Interessen des Proletariats und für den Sozialismus zu wirken. Von dem Verhalten der Arbeiterschaft wird es abhängen, wann es unsrer Partei wieder möglich sein wird, ihren Einfluß auch wieder durch die Beteiligung an der Regierung geltend zu machen. Läßt sich auch in Zukunft ein großer Teil der Arbeiterschaft durch die hohlen Phrasen der U. S. P. betören, so wird die deutsche Arbeiterschaft dadurch dauernd stark geschwächt sein. Findet aber unsre Partei die ihr gebührende Unterstützung, dann kann das deutsche Proletariat sicher sein, daß die Partei die ihr verliehene Macht für den Sozialismus nutzen wird.

* * *

Kontinuität

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die neue Regierung Fehrenbach-Heinze, die sich heute dem Reichstage vorgestellt hat, hat ein einstimmig angenommenes Regierungsprogramm kundgetan, dessen gesamter Inhalt in das Wort Kontinuität zusammengefaßt wurde. Man will die alte Blockpolitik auch mit dem neuen Mittelblock fortsetzen. Man will unter keinen Umständen gegen die Arbeiter regieren, auch wenn die Sozialdemokratie die Teilnahme an einer neuen Regierung ablehnt hat man will eine ehrliche und aufrichtige Friedenspolitik nach außen hin treiben, man will die Republik unbedingt verteidigen und ausbauen, man will sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch im Geiste der alten Regierung weitergehen. Nach dieser Erklärung konnte die Sozialdemokratie nicht anders als den neuen Herren gegenüber die Erklärung abgeben, daß sie sich neutral verhalten würde, d. h., daß sie ihre Taten abwarten würde. Ihre Worte konnten wir wirklich nicht verurteilen, nachdem sie sich auf unser Regierungsprogramm zurückgezogen haben.

Der reichlichen Komik des Wahlkampfes und der Regierungsbildung ist damit ein neuer charakteristischer Zug beigefügt. Die Deutsche Volkspartei, die bekanntlich allein das deutsche Volk von roten Fesseln frei macht, wandte sich, als sie den Auftrag zur Regierungsbildung erhielt, lediglich an die Sozialdemokratie und legte das Mandat schleunigst zurück, als diese ablehnten. Nun sitzen vier deutsche Volksparteiler in der neuen Regierung, und das einstimmig beschlossene Programm verkündet: Wir werden versuchen, es ebenso zu machen, wie früher die Sozialdemokraten in der Regierung. Nach dem Schimpf und Schmutz, mit dem die Volksparteiler uns im Wahlkampfe überhäuft haben, ist diese Huldigung das formelle Geständnis alle Vorwürfe, die seitens der Deutschen Volkspartei gegen die frühere Regierung erhoben worden sind, sind bewußte Lügen gewesen.

Das Geständnis mußte freilich heute abgelegt werden; denn der Grund, warum Fehrenbach die Kontinuität verkündete, ist ebenso einfach, wie einleuchtend: die neue Regierung steht, so sagte er, unter demselben Zwange von Deutschlands unglücklicher Lage, von Kriegs- und Niederlagefolgen, wie die alte. Das ist vollkommen richtig, die Bevormundungsfreiheit einer deutschen Regierung ist, wenn sie nicht wahnsinnige Experimente mit Räterepublik oder monarchistischer Reaktion machen will, unter dem Versailler Frieden unendlich klein. Aber hätten die Oppositionsparteien im Wahlkampfe nur ehrlich gestanden: wenn wir regieren, können wir auch nichts Besseres tun als die bisherige Regierung, dann wäre der Wahlausfall wahrscheinlich ein ganz andrer gewesen als so. Die neue Regierung kann weder neue Taten noch neue Ideen bringen, sie kann nur notdürftig das Erbe der sozial-liberal-republikanischen Regierung von der Nationalversammlung her verwalten.

Notdürftig! Denn trotz Fehrenbachs geschickten Worten steht schon heute fest, daß die Sozialisierung und vieles andre, was den Arbeitermassen am Herzen liegt, unter der neuen Regierung nicht fortschreiten wird. Alles, was wir von ihr erwarten und verlangen dürfen, ist, daß sie nicht das bereits Geschaffene zerstört. Denn das vorwärtstreibende Element, die Sozialdemokratie, fehlt ihr, und deren wegen die Unabhängigen die Schuld, die durch ihren hirnrissigen Doktrinarismus verhindern, daß die Macht der 186 Arbeiterstimmen im Reichstag in Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung voll zum Ausdruck kommt. Mit diesem Feind im Rücken mußte die Sozialdemokratie sich begnügen, indirekt auf die Regierungsbildung Einfluß zu nehmen, und das hat sie mit Erfolg getan, wie der heutige Tag gezeigt hat. Unter allen Kabinetten, die zu bilden der Abermitz der Unabhängigen zuließ, ist das Kabinett Fehrenbach das erträglichste. Solange es die Kontinuität der Politik wahrt, welche die alte Koalitionsregierung betrieben hat, wird die Sozialdemokratie es nicht zu stürzen versuchen, da Besseres zustandezubringen die Unabhängigen doch nicht erlauben. Wenn es den Arbeitern nicht gefällt, daß die ganze Staatsmacht wieder in die Hände der bürgerlichen Klasse übergegangen ist, so nimmt Herr Erispien ihre Danksagungen entgegen.

In eigener Sache

Das Ergebnis der Wahlen vom 6. Juni, infolgedessen die Regierung Deutschlands wieder restlos in die Hände der Bürgerlichen glitt, bedeutet einen harten Schlag nicht bloß für die Sozialdemokratische Partei, sondern — und das ist viel schlimmer — für den Sozialismus überhaupt. Wohl konnten die Unabhängigen, die sich ja gleichfalls Sozialisten nennen, einen starken Stimmenzuwachs buchen. Für den Sozialismus aber war dadurch nichts gewonnen. Das mußte auch der Blödeste begreifen in dem Augenblicke, als die U. S. P. es rundweg ablehnte, mit uns eine sozialistische Regierung zu bilden. Brachte sie dadurch doch klipp und klar zum Ausdruck, daß sie auch künftig nichts weiter sein will, als sie bis zur Stunde gewesen: Eine Partei unfruchtbarer Opposition, die sich mit Worten begnügt, wo Taten dringend nötig wären; eine Partei, die kreischend Kritik am Bestehenden übt, aber vor der verantwortungsvollen Aufgabe, es anders, besser zu machen, feige zurückschreckt; eine Partei, die mit hohler Geste auf ferne Ziele weist, aber in sich noch nicht einmal über den allersten Schritt dahin einig ist.

Mit leeren Worten, mit ewigem Nörgeln ist jedoch der Sache des Sozialismus nicht gedient. Soll er verwirklicht werden, so bedarf es höchster positiver Arbeit, die zielbewußt, aber doch auch mit nüchternem Blick für die gegenwärtigen Möglichkeiten, zu Werke geht. Die Kommunisten behaupten zwar, sie allein hätten den ehrlichen Willen zum Sozialismus, weil sie die Radikalsten sind. Aber das Beispiel Ungarns zeigt, daß ihre Taktik ein Volk nicht vorwärts-, sondern zurückbringt.

Mit der Sozialdemokratischen Partei allein steht und fällt in Deutschland der Sozialismus.

Darum ist es die heiligste Pflicht eines jeden, der von ihm die Neuordnung der zerrütteten Welt erhofft, im großen wie im kleinen alles zu tun, was zur Stärkung unsrer Partei dient. Selbstverständlich ist, daß er ihr angehört. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß er Abonnent des zuständigen Parteiorgans, der

Dresdner Volkszeitung,

ist. Wir sind mitten im Kampfe, und was draußen im Felde die Parole war, das bedeutet für uns jetzt das Parteiblatt. Es gibt uns täglich in leichtverständlicher Form einen Ueberblick über die Kampflage, es weist uns unsern Teil an der großen Arbeit an und liefert uns die geistigen Waffen gegen die Wortführer der Reaktion und des Ultraradikalismus. Darüber hinaus aber unterrichtet es den Leser über die Geschehnisse in der großen und kleinen Welt und bringt auch in ihren nichtpolitischen Spalten mancherlei Wissenswertes und Unterhaltendes. Die Bedeutung unsrer namentlich den Leserinnen ans Herz gewachsenen

Romanbeilage

ist längst auch von unsern Gegnern anerkannt. Wir machen keine Zugeständnisse an den baren Ungeschmack, wie in den allermeisten Fällen die kapitalistische bürgerliche Presse, tragen aber doch dem begreiflichen Verlangen nach Unterhaltung und Spannung jederzeit Rechnung.

So glauben wir sicher sein zu dürfen, daß trotz der Preiserhöhung, die durch die ungeheure Steigerung der Herstellungskosten eine bittre Notwendigkeit geworden ist, unsre Leser und Leserinnen uns treu bleiben. Aber es genügt noch nicht, daß jeder Genosse, jede Genossin die Dresdner Volkszeitung selber bezieht. Ebenso wichtig ist, daß er für sie wirbt. Der Wahlausfall hat es bewiesen, wie unklar die Vorstellung von der Partei und ihrem Ziel, dem Sozialismus, heute noch im Volke ist.

Aufklärung

zu schaffen. Das geschieht besser als durch dickleibige Bücher und Broschüren durch die Zeitung, die Schritt vor Schritt, in wohlabgewogenen Ausmaßen, und gerade darum am erfolgreichsten vorgeht. Sie erzieht ihre Leser zu wirklichen Kennern des Sozialismus; und nur diese sind allzeit auch seine zuverlässigen Bekenner.

Darum Genossen und Genossinnen, sorgt dafür, daß in euerm Hause, aber auch an den Stätten eurer Zusammenkünfte, eurer Erholungen die Dresdner Volkszeitung nicht fehle! Und wo ihr sonst Leute trefft, denen es zu tun ist um wirkliche

Kenntnis des Sozialismus,

der wichtigsten Menschheitsfrage unsrer Zeit, weist sie immer und immer wieder hin auf die

Dresdner Volkszeitung!

Vergeßt es nicht: Ihr erfüllt damit nur eine selbstverständliche Pflicht; denn was ihr für unser Blatt tut, das tut ihr im Grunde

für den Sozialismus!

Neueste Telegramme

Lebensmittelkrawall in Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 29. Juni. Zu bedauerlichen Ausschreitungen ist es heute auch in Berlin gekommen. In der Markthalle fand eine Obstversteigerung statt. Klein- und Wagenhändler hatten zum Teil schon eingekauft, da drangen plötzlich mehrere hundert Personen in die Halle ein und erstürmten die Händler und Körbe. Die Polizei mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Einige Personen wurden dabei verletzt. Drei Mann wurden als Rädelsführer verhaftet. Dann schritt auch die Sicherheitspolizei ein, so daß in der 10. Stunde die Ordnung wiederhergestellt war.

Drohender Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 29. Juni. Die Berliner Bevölkerung steht vor der Gefahr der Einstellung der Betriebe der städtischen Elektrizitätswerke. Der Arbeiterausschuß der Betriebe hat beschlossen, sofort in den Streik zu treten, wenn die Forderungen der Elektrizitätsarbeiter von Aschinger-Wolff nicht bewilligt werden. Für den Fall der Einstellung der Elektrizitätsversorgung würde natürlich auch der Straßenbahnbetrieb nicht aufrechterhalten werden können, wodurch die Differenzen zwischen der Direktion der Straßenbahn und dem Personal bis auf weiteres an Bedeutung verlieren würden. Der Berliner Magistrat verhandelt noch heute mit den Elektrizitätsarbeitern.

Lloyd George in Ostende

Eigene Drahtmeldung

Brüssel, 29. Juni. Lloyd George wird kommenden Donnerstag in Begleitung mehrerer andrer Herren in Ostende eintreffen. Die französische Delegation wird gleichfalls Donnerstag dort ankommen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200629/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG